# Stadtverordnetenversammlung Luckenwalde

**Ausschuss für Bau- und Stadtentwicklung, Umweltschutz und Verkehr**

## Niederschrift

**14. ordentliche öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau- und Stadtentwicklung, Umweltschutz und Verkehr der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Luckenwalde – Wahlperiode 2024 - 2029**

| | |
|---|---|
| **Sitzungstermin:** | Dienstag, 25.08.2026 |
| **Sitzungsbeginn:** | 18:30 Uhr |
| **Sitzungsende:** | 21:44 Uhr |
| **Sitzungsort:** | Stadt Luckenwalde, Markt 10, Sitzungssaal, 14943 Luckenwalde |

**Anwesend:**

**Vorsitzender-**
Herr Bert Lindner

**Mitglieder-**
Herr David Bode
Herr Matthias Grunert
Herr Frank Hildebrandt
Frau Dr. Anja Jürgen bis 21:43 Uhr
Herr Jochen Kubick
Herr Matthias-Eberhard Nerlich bis 21:18 Uhr
Frau Monika Nestler
Herr Erik Scheidler
Frau Nadine Walbrach
Herr Michael Wessel

**Sachkundige Einwohner-**
Herr Richard Küter
Herr Dietmar Reuter
Herr Philipp Schumann
Frau Dr. Ricarda Voigt

**Verwaltung-**
Frau Liza Baranowski
Herr Torsten Dutschke
Frau Petra Hartfuß
Herr Jochen Neumann
Herr Ingo Reinelt
Herr Max Stern

**Gast-**
Herr Carsten Nehues

**Schriftführerin-**
Frau Sonja Dirauf

**Abwesend:**
**Sachkundige Einwohner-**
Herr Christian Penzel
Frau Kassandra Radtke
Herr Andreas Schröder

**Tagesordnung:**

**ÖFFENTLICHER TEIL:**

| | | |
|---|---|---|
| 1. | Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit | |
| 2. | Einwohnerfragestunde | |
| 3. | Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.04.2026 | |
| 4. | Feststellung der Tagesordnung | |
| 5. | Entwicklung der "Festwiese" und Vorstellung von Alternativen zur Durchführung von Freiluftveranstaltungen sowie Rückmeldung der Fraktionen zur städtebaulichen Idee zur Bebauung der Festwiese | |
| 6. | Sondervermögen: Ergebnis der Machbarkeitsstudie zur Ernst-Moritz-Arndt-Grundschule | |
| 7. | Beschlussvorlagen | |
| 7.1. | Gesetz zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung (Novellierung BauGB), 2025 (BauTurbo) | |
| 7.1.1. | 1. Änderung des Grundsatzbeschlusses zur Anwendung des Gesetzes zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung (Novellierung BauGB), 2025 (BauTurbo) | B-8151/2026 |
| 7.1.2. | Antrag zur Sache zur 1. Änderung des Grundsatzbeschlusses zur Anwendung des Gesetzes zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung (Novellierung BauGB), 2025 (BauTurbo) | A-8048/2026 |
| 7.2. | Entwurfs- und Ausbaubeschluss Ausbau Meisterweg und Elsthaler Straße | B-8174/2026 |
| 7.3. | Medienumverlegung Ludwig-Jahn-Straße in Luckenwalde | B-8175/2026 |
| 7.4. | Antrag: Prüfung der Annahme finanzieller Beteiligungen nach § 6 EEG - Fraktion CDU | A-8051/2026 |
| 8. | Anfragen von Ausschussmitgliedern | |

9. Informationen der Verwaltung

9.1. Weiteres Verfahren zur energetischen Ertüchtigung der Fläming-Therme

9.2. Umgang mit städtischen Liegenschaften in Sanierungsgebieten

9.3. Informationen zum aktuellen Sachstand der Baumaßnahme „Am Anger"

9.4. Information über das Prüfergebnis zu den Möglichkeiten zur Errichtung einer Tinyhaus-Siedlung in Luckenwalde / Beschluss A-8026/2025 I-8018/2026

9.5. Strategie zur Fußgängerfreundlichkeit / Tempo 30 und Fußgängerüberwege

9.6. Aktuelle Information zum Baufortschritt am Bildungsknotenpunkt Poststraße 20

9.7. Information zum Sachstand zur Umsetzung des Vorhabens Stadtbad – Nationales Premiumprojekt des Städtebaus

10. Informationen des Ausschussvorsitzenden

**NICHT ÖFFENTLICHER TEIL:**

11. Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.04.2026

12. Feststellung der Tagesordnung

13. Anfragen von Ausschussmitgliedern

14. Informationen der Verwaltung

15. Informationen des Ausschussvorsitzenden

## Öffentlicher Teil

### TOP 1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

**Herr B. Lindner** eröffnet die 14. Sitzung des Ausschusses für Bau- und Stadtentwicklung, Umweltschutz und Verkehr. Die Ladung erfolgte ordnungsgemäß. Zu Sitzungsbeginn sind elf Mitglieder anwesend.

## TOP 2. Einwohnerfragestunde

**Ein Bürger** erinnert an zwei Fragen, die er bereits im Juni in einem Ausschuss gestellt habe. Zum einen ging es um leerstehende, städtische Liegenschaften. Der Punkt auf der heutigen Tagesordnung entspreche dem nicht völlig, da nicht alle gemeinten Gebäude in Sanierungsgebieten liegen.
Des Weiteren wiederholt er seine Frage nach den Abschlussberichten der Sanierungsgebiete, die schon Jahre überfällig seien.

**Herr Neumann** will die Fragen schriftlich beantworten.

## TOP 3. Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.04.2026

keine

## TOP 4. Feststellung der Tagesordnung

bestätigt

## TOP 5. Entwicklung der "Festwiese" und Vorstellung von Alternativen zur Durchführung von Freiluftveranstaltungen sowie Rückmeldung der Fraktionen zur städtebaulichen Idee zur Bebauung der Festwiese

**Frau Baranowski** stellt die mögliche Entwicklung der „Festwiese“ am Meisterweg kurz vor (Anlage 1). Als Alternativen für Veranstaltungen sind Mozartplatz, Schützenplatz oder das ehemalige Gaswerkgelände denkbar. Letzteres ist durch Wasser- und Stromanschlüsse bereits vorbereitet. Sie bittet um eine Rückmeldung aus den Fraktionen, ob man einer möglichen Wohnbebauung der Festwiese zustimmt.

**Herr Grunert** berichtet, dass in seiner Fraktion kontrovers darüber diskutiert wurde. Für eine Wohnbebauung seien Lückenschlüsse vorzuziehen, wenn nötig steht man einer Bebauung der Festwiese jedoch offen gegenüber. Er hält es für wichtig, bei den Veranstaltungen abzuwägen und die Alternativstandorte abwechselnd zu bespielen, um die Belastung für Anwohner niedrig zu halten. Er unterstreicht die Bedeutung von kulturellen Veranstaltungen.

**Frau Baranowski** gibt zu bedenken, dass es teuer werden könnte, alle drei vorgeschlagenen Alternativstandorte zu ertüchtigen. Eine Machbarkeitsstudie könnte aufschlussreich sein und die Ausstattungserfordernisse sollten abgefragt werden.

**Herr Grunert** hält das für eine gute Idee und bittet darum, den Stadtverordneten die Ergebnisse vorzulegen, um abwägen zu können.

**Herr Neumann** schließt daraus, dass man eine Wohnbebauung der Festwiese grundsätzlich nicht ausschließt.

Auch **Herr Scheidler** hält eine Abwägung der Ausweichstandorte für wichtig. Wegen des schützenswerten Baumbestandes spricht er sich gegen den Schützenplatz aus. Bezüglich Mozartplatz gibt er zu bedenken, dass dieser von Freizeitsportlern genutzt wird, da er anders

als das Werner-Seelenbinder-Stadion allen rund um die Uhr zur Verfügung steht. Die Festwiese sollte bleiben, wie sie ist und weiterhin so genutzt werden.

**Herr Bode** geht davon aus, dass der Mozartplatz den Freizeitsportlern auch weiterhin zur Verfügung stünde. Er fragt nach dem Favoriten der Verwaltung und ob schon geprüft wurde, ob die Nähe zur Therme dagegenspricht.

**Frau Baranowski** antwortet, dass der Mozartplatz am besten umsetzbar erscheint. Es ist kein Zaun angedacht, sondern nur Anschlüsse und Toiletten. Kosten, Nachbarschaftskonflikte und Ortsverträglichkeit würde man prüfen, wenn die Stadtverordneten an dem Plan zur Bebauung der Festwiese festhalten wollen.

**Herr Nerlich** spricht sich für eine Bebauung der Festwiese aus, möchte jedoch, dass vorher geprüft wird, ob der Bedarf dafür besteht. Falls dem so ist, solle man das bei der Sanierung des Meisterwegs berücksichtigen. In Sachen Alternativstandort schlägt er die Hundeauslaufwiese vor. Eventuell könnten die Parkplätze bei Kaufland genutzt werden. Ansonsten kann er sich vorstellen, mit einer kleinen Maßnahme den Schützenplatz zu regenerieren.

**Herr Neumann** wiederholt, dass zunächst die Bebauung der Festwiese zur Debatte steht. Erst nach einer generellen Zustimmung würden die Alternativen geprüft. Die Hundeauslaufwiese ist für Wohnbebauung vorgesehen.

**Frau Baranowski** verweist auf das Wohnungsmarktkonzept, das den Bedarf belegt. Auch um die Kitastandorte zu sichern, ist Zuzug wichtig.

Auch **Frau Dr. Jürgen** fehlen genaue Zahlen zu den Bedarfen, um eine weitere Versiegelung erklärbar zu machen. Leerstehende Immobilien wären nicht mehr interessant, wenn Neubau möglich gemacht werde. Die Zahlen zu freien Plätzen in Kinderbetreuungseinrichtungen liegen nicht vor und auch die ärztliche Versorgung sei bei mehr Zuzug unsicher.

**Herr Kubick** hält das ehemalige Gaswerkgelände wegen der Lärmentwicklung für ungünstig. Die Festwiese biete ideale Bedingungen, wenn man die Trafostation wieder an ihren ursprünglichen Platz stelle. Derzeit stünden viele ältere Einfamilienhäuser zum Verkauf und wenn die Burg bezogen werden kann, bestehe vielleicht kein weiterer Bedarf. Die Festwiese solle in ihrer jetzigen Funktion bestehen bleiben.

**Herr Grunert** entgegnet Herrn Scheidler, dass man keinen Alternativstandort vorab ausschließen solle und Herrn Kubick, dass es sich bei der Burg vorrangig um sozialen Wohnungsbau handelt.

**Herr Neumann** beendet die Diskussion. Er als Bürgermeister möchte eine wachsende Stadt. Da er dem Stimmungsbild aber entnimmt, dass eine mögliche Bebauung der Festwiese umstritten ist, wird man sich diesem Vorhaben nicht mehr prioritär widmen.

## TOP 6. Sondervermögen: Ergebnis der Machbarkeitsstudie zur Ernst-Moritz-Arndt-Grundschule

**Frau Baranowski** und **Frau Hartfuß** stellen die Ergebnisse einer Machbarkeitsstudie zur Erweiterung der Ernst-Moritz-Arndt-Grundschule vor (Anlage 2).

Auf Nachfrage von **Herrn Wessel** erklärt **Frau Hartfuß**, dass man mit der evangelischen Kirchengemeinde als Anliegerin im Gespräch ist und diese mit den Plänen einverstanden ist. Ein Zukauf von weiteren Flächen der Kirchengemeinde ist nicht geplant.

Da **Herr Scheidler** danach gefragt hat, stellt **Frau Hartfuß** klar, dass sich der Hortspielplatz auf dem Grundstück der Stadt befindet.

**Frau Dr. Jürgen** freut sich darüber, dass die Schule mehr Platz und angemessene Toilettenräume erhalten wird. Sie bittet darum, auf der neuen Fläche der Sporthalle möglichst viel unversiegelt zu lassen und auch im Rahmen der Baustelle achtsam mit dem Grünbestand umzugehen.

**Herr Dutschke** informiert, dass ein alter Bebauungsplan auf der Fläche ein Baufeld ausweist. Im hinteren Bereich darf nicht gebaut werden.

**Frau Hartfuß** ergänzt, dass die Bäume im hinteren Bereich erhalten bleiben.

**Frau Walbrach** lobt den Entwurf und fragt, wie man sich das Atrium am Bestandsgebäude vorstellen muss.

**Frau Hartfuß** weist darauf hin, dass es sich um eine Machbarkeitsstudie handelt. Konkrete Pläne liegen noch nicht vor.

**Herr Dutschke** ergänzt, dass es sich um eine Glas-Stahl-Konstruktion als Zwischenklimazone handeln wird.

**Frau Baranowski** will heute nur das Ergebnis der Machbarkeitsstudie präsentieren und entnimmt den Reaktionen, dass man sich vorstellen kann, das zusätzliche Grundstück für die Turnhalle der Schule zuzuschlagen. Vor der morgigen Ausschusssitzung gibt es die Möglichkeit, sich den Ist-Zustand vor Ort anzuschauen. Im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen will man sich dann über das Sondervermögen verständigen.

**Herr Kubick** unterstützt den Entwurf und die Idee für die Turnhalle. Eine Glasfassade am Bestandsgebäude findet er wegen der Temperaturen nicht so gut.

**Herr Grunert** appelliert an alle, die Vor-Ort-Begehung wahrzunehmen und die Diskussion hier abzukürzen.

Auf Nachfrage von **Herrn Nerlich** erläutert **Herr Neumann**, dass die beschlossene Prioritätenliste zum Sondervermögen diese Maßnahme bereits enthält.

## TOP 7. Beschlussvorlagen

## TOP 7.1. Gesetz zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung (Novellierung BauGB), 2025 (BauTurbo)

**Frau Dr. Jürgen** wünscht sich Rückmeldungen zum Antrag, der verschoben wurde, damit sich jeder damit auseinandersetzen konnte. Beim letzten Mal habe sich keiner damit beschäftigt und in der Stadtverordnetenversammlung war nicht aufgefallen, dass man der falschen Anlage zugestimmt habe.

**Herr Grunert** ist der Meinung, dass viele Änderungswünsche in die Vorlage der Verwaltung eingeflossen sind. Dem Änderungsantrag stimme die Fraktion nicht zu.

**Frau Dr. Voigt** betont, dass der Änderungsantrag auf der Diskussion in der damaligen Ausschusssitzung beruhe. Das Versprechen, die Änderungswünsche in die Vorlage einzuarbeiten, wurde nicht gehalten. Nun habe man noch einen Antrag gestellt, um das in Ordnung zu bringen und die Arbeit der Verwaltung zu vervollständigen.

**Frau Baranowski** erläutert die Änderungen der Verwaltung, wie ein 3-Stufen-Modell für die Durchführung einer Öffentlichkeitsbeteiligung.

**Frau Dr. Jürgen** erläutert den Antrag. Die Tabelle zeige, dass die Absprachen in der Ausschusssitzung von dem vorliegenden Vorschlag der Verwaltung abweichen. Sie schlägt vor, die Tabelle einzeln durchzusprechen. Im Antrag wurden viele inhaltliche Punkte aus dem Verwaltungsvorschlag übernommen.

**Herr Neumann** zieht die Beschlussvorlage der Verwaltung zurück.

**Frau Dr. Jürgen** ärgert sich darüber, dass man ihr gesagt habe, sie müsse den Antrag nicht erneut stellen, da in der nächsten Ausschusssitzung darüber diskutiert werde.

**Herr B. Lindner** erklärt, dass sich Tagesordnungspunkt 7.1.2 damit auch erledigt habe.

**TOP 7.1.1.** **1. Änderung des Grundsatzbeschlusses zur Anwendung des Gesetzes zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung (Novellierung BauGB), 2025 (BauTurbo)** **B-8151/2026**

**zurückgezogen**

**TOP 7.1.2.** **Antrag zur Sache zur 1. Änderung des Grundsatzbeschlusses zur Anwendung des Gesetzes zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung (Novellierung BauGB), 2025 (BauTurbo)** **A-8048/2026**

**nicht behandelt**

**TOP 7.2.** **Entwurfs- und Ausbaubeschluss Ausbau Meisterweg und Elsthaler Straße** **B-8174/2026**

**Beschluss:**
Die Stadtverordnetenversammlung beschließt,
den Ausbau des Meisterweges und der Elsthaler Straße gemäß dem Standard der Entwurfsplanung vorzubereiten und durchzuführen. Die Verwaltung wird mit der weiteren Planung, Vorbereitung und Durchführung der Baumaßnahme beauftragt. Die Realisierung hat abschnittsweise bei Bereitstellung der erforderlichen finanziellen Mittel zu erfolgen.

Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0
**Zustimmung empfohlen**

**TOP 7.3.** **Medienumverlegung Ludwig-Jahn-Straße in Luckenwalde** **B-8175/2026**

**Frau Dr. Voigt** fragt, ob man Rigolen anlegen könnte, statt das Regenwasser einzuleiten.

**Herr Stern** antwortet, dass man grundlegend das Regenwasser vor Ort versickern lässt, wenn das möglich ist. Hier reicht der Platz dafür nicht aus und wegen der Vorflut ist ein Regenwasserkanal weiterhin nötig.

**Herr Reinelt** ergänzt, dass im Rahmen des Hortneubaus als Auflage der Unteren Wasserbehörde Rigolen angelegt wurden.

**Herr Kubick** gibt zu bedenken, dass es für den Wasserstand im Weichpfuhl vorteilhaft ist, das Wasser einzuleiten. Er fragt, wie die Verwaltung zu der Kostenangabe kommt. Seines Wissens nach liegt noch keine Vereinbarung mit der Nuwab vor.

**Herr Stern** antwortet, dass man die Kosten für die Stadt anhand eines Angebots berechnet hat. Eine vertragliche Vereinbarung mit der Nuwab muss noch unterschrieben werden.

**Herr Nerlich** fragt, was mit den restlichen Mitteln passiert, die für den Meisterweg gedacht waren.

**Frau Baranowski** will dazu im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen Ausführungen machen.

**Herr Stern** ergänzt, dass für das Haushaltsjahr 2026 rund 293.000 Euro für den Meisterweg geplant waren, die nun nicht benötigt werden.

**Beschluss:**
Die Stadtverordnetenversammlung beschließt,
dass sich die Stadt Luckenwalde an der Medienumverlegung in der Ludwig-Jahn-Straße in Zusammenarbeit mit der NUWAB GmbH und den Städtischen Betriebswerken Luckenwalde GmbH beteiligt.

Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0
**Zustimmung empfohlen**

**TOP 7.4.** **Antrag: Prüfung der Annahme finanzieller Beteiligungen nach § 6 EEG - Fraktion CDU** **A-8051/2026**

**Herr Nehues** erläutert den Antrag.

**Herr Grunert** unterstützt den Antrag im Namen seiner Fraktion. Das ökologisch wichtige Thema mit monetären Vorteilen zu verknüpfen, so lange das noch möglich sei, überzeuge hoffentlich jeden.

**Herr Kubick** kann den Antrag so mittragen. Er gibt aber zu bedenken, dass die Freiflächen für die Resilienz der städtischen Grundversorgung benötigt werden könnten.

**Beschluss:**
Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:
Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen und der Stadtverordnetenversammlung zu berichten,

1. ob und in welchem Umfang für die Stadt Luckenwalde Möglichkeiten bestehen, finanzielle Beteiligungen von Betreibern von Windenergieanlagen an Land sowie von Freiflächen-Photovoltaikanlagen gemäß § 6 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) zu erhalten,
2. ob und in welchem Umfang landesrechtliche Regelungen des Landes Brandenburg zur finanziellen Beteiligung von Kommunen an Anlagen der erneuerbaren Energien (z.B. nach dem BbgEESG) Anwendung finden oder künftig Anwendung finden könnten,
3. welche Windenergie- und Freiflächen-Photovoltaikanlagen sich im Gemeindegebiet der Stadt Luckenwalde oder in den nach den jeweiligen gesetzlichen Regelungen (insbesondere dem EEG) maßgeblichen räumlichen Bezügen befinden,
4. welche organisatorischen, rechtlichen und haushalterischen Voraussetzungen erforderlich wären, um mögliche Einnahmen aus kommunalen Beteiligungsmodellen im Bereich erneuerbarer Energien künftig strategisch für Zwecke des Klimaschutzes, der Energieeffizienz, der kommunalen Infrastruktur oder der Bürgerbeteiligung einzusetzen,
5. und welche Möglichkeiten eines strukturierten Dialogs mit Betreibern von Anlagen erneuerbarer Energien hinsichtlich freiwilliger Beteiligungsmodelle bestehen.

Die Prüfung soll insbesondere Aussagen enthalten zu:
- den jeweils einschlägigen gesetzlichen Grundlagen,
- den potenziell beteiligungsrelevanten Anlagen und Betreibern,
- den möglichen finanziellen Auswirkungen für die Stadt Luckenwalde,
- sowie möglichen Optionen für ein kommunales Gesamtkonzept „Erneuerbare Energien und kommunale Wertschöpfung“.

Die Stadtverwaltung berichtet der Stadtverordnetenversammlung in angemessener Frist über das Ergebnis der Prüfung und unterbreitet gegebenenfalls Vorschläge zum weiteren Vorgehen.

Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0
**Zustimmung empfohlen**

## TOP 8. Anfragen von Ausschussmitgliedern

## TOP 8.1. Veröffentlichung der Anfragen

**Frau Dr. Voigt** kann Anfragen nicht im Bürgerportal finden.

**Herr Neumann** erklärt, dass diese aus gesetzlichen Gründen nicht mehr eingestellt werden. Die Stadtverwaltung beantwortet die Fragen; was mit den Antworten geschieht, liegt in der Hand der Fragenden.

## TOP 8.2. Sanierung Dessauer Straße

**Herr Nerlich** fragt nach dem Fertigstellungstermin der Sanierung in der Dessauer Straße.

**Herr Stern** antwortet, dass die Fertigstellung für Ende 2026 geplant ist. Möglicherweise kann die Maßnahme zeitiger beendet werden.

## TOP 8.3. Leerstehende Gebäude

**Herr Nerlich** fragt nach den Objekten Große Weinbergstraße 42 sowie Haag 1-5. Auch am Gebäude Haag Ecke Grabenstraße ist keine Bautätigkeit zu erkennen. Hier solle die Stadtverwaltung zumindest den Gehweg instandsetzen.

**Frau Baranowski** verweist auf Tagesordnungspunkt 9.2.

**Herr Stern** nimmt den Hinweis zum Gehweg auf.

## TOP 8.4. Straßenbäume

**Herr Grunert** hat eine E-Mail von einer besorgten Bürgerin erhalten mit Fotos von eingegangenen städtischen Bäumen. Er fragt, ob diese von der Verwaltung systematisch erfasst werden, worin man die Ursachen sieht und wie man weiter mit dem Problem umgehen will.

**Frau Baranowski** bittet um Weiterleitung der E-Mail. Das Problem ist jedoch bekannt und wird auch im Baumkataster der Stadt erfasst. Die abgestorbenen Bäume einfach zu ersetzen, ist mit hohen Kosten verbunden. Man will sich damit auseinandersetzen und vielleicht auch Fördermittel einwerben.

**Frau Dr. Jürgen** fragt, ob man zur Kostenreduzierung über Baumspenden oder Baumpatenschaften nachgedacht hat. Wäre dafür die Baumart wichtig oder sollte man einfach ausprobieren, welcher Baum an welchem Standort überlebt?

**Frau Baranowski** erklärt, dass in der Tat bei jeder Straßenbaumaßnahme abgewogen wird, welche Baumart an dieser Stelle die besten Überlebenschancen hat. Die Idee mit den Baumspenden und -patenschaften findet sie schwierig. Bei Spenden wäre eine bestimmte Qualität des Baumes notwendig, die definiert werden müsste. Am kostenintensivsten ist die Anwuchspflege des Baumes in den ersten Jahren. Es müsste überlegt werden, wie sicherzustellen ist, dass Anwohner diese übernehmen.

**Frau Dr. Jürgen** betont, dass Baumlücken nicht wünschenswert sind. Warum sich ein Mehraufwand für die Verwaltung ergibt, wenn man diese wieder bepflanzt, erschließt sich ihr nicht.

**Herr Neumann** informiert, dass man intern bereits an dem Thema Baumpatenschaften arbeitet und damit dann auch an die Öffentlichkeit treten will.

**Herr Schumann** fragt, nach welchen Kriterien die Baumarten für Nachpflanzungen in Lücken ausgewählt werden.

**Frau Baranowski** erklärt, dass es viele Kriterien wie Platzkapazitäten, Boden und Denkmalschutz gibt. Sie schlägt vor, diese in einer der nächsten Sitzungen, vielleicht exemplarisch an der Dessauer Straße, vorzustellen.

## TOP 8.5. Abwasserentsorgung Meisterweg

**Herr Kubick** bittet darum, mit der Nuwab einen Konsens zu finden, damit diese im Meisterweg das Abwasser direkt einpumpen könne, statt es aufwändig durch die Stadt zu fahren. Es habe dazu schon mehrmals Gespräche gegeben.

**Herr Stern** antwortet, dass die Nuwab seit Beginn der Planung bei der Sanierung des Meisterwegs beteiligt wird.

**Herr Reinelt** erläutert, dass bereits im Aufsichtsrat mehrfach über die Schaffung von Einleitstellen für mobiles Abwasser diskutiert wurde.

**Herr Neumann** ist nicht der Meinung, dass Themen des Nuwab-Aufsichtsrates in der öffentlichen Ausschusssitzung behandelt werden sollten.

## TOP 8.6. Sanierung Terrasse Theater

**Herr Kubick** weist erneut ausdrücklich darauf hin, dass die Sanierung der Terrasse am Theater im Oktober/November, wenn keine Austrocknung stattfinde, nicht ohne Überdach funktionieren werde. Das Stadttheater habe bereits genug Wasserschäden.

**Herr Neumann** hat darauf bereits mehrmals schriftlich geantwortet.

## TOP 8.7. Rad/Fußgängerweg Berkenbrücker Chaussee

**Herr Reuter** findet die gestrichelten Linien auf Höhe der querenden Straßen am kombinierten Rad/Fußgängerweg an der Berkenbrücker Chaussee stadteinwärts sinnvoll und fragt, ob diese auch auf Höhe der Ludwig-Jahn-Straße ergänzt werden könnten.

**Herr Stern** will das prüfen lassen.

## TOP 8.8. Nächtliches Mähverbot zum Schutz der Igel

**Herr B. Lindner** übergibt seinen Antrag auf ein nächtliches Mähverbot zum Schutz der Igel an den Bürgermeister mit der Bitte, das Thema beim Landkreis anzusprechen. Nach Rücksprache mit Frau Baranowski sei dies der richtige Weg, weil die Stadt nicht zuständig sei.

**Frau Dr. Jürgen** kann nicht glauben, dass die Stadt nicht zuständig sein soll. Gemeinden wie Kleinmachnow hätten eine entsprechende Verordnung.

Nach **Frau Baranowskis** Recherche wäre die Rechtsgrundlage für ein solches Verbot eine Allgemeinverfügung des Landkreises. Sie will Herrn Lindner eine Stellungnahme zukommen lassen.

## TOP 9. Informationen der Verwaltung

## TOP 9.1. Weiteres Verfahren zur energetischen Ertüchtigung der Fläming-Therme

**Frau Baranowski** erläutert das weitere Verfahren zur energetischen Sanierung der Fläming-Therme (Anlage 3).

**Herr Nerlich** fragt, ob man die Therme nicht mit einer Bindefrist zum Erhalt über 10-20 Jahre verkaufen sollte.

**Herr Neumann** erinnert daran, dass die Stadtverordneten immer den Wunsch hatten, die Therme zu behalten. Letztendlich ist das eine politische Entscheidung.

**Herr Kubick** hält es für besser, die Therme in städtischem Besitz zu belassen und die Verträge straffer zu gestalten, damit die Wartung vernünftig durchgeführt werde.

**Herr Nehues** ist gespannt auf eine Vorstellung der Verwaltung zum Gesamtkonzept für die Therme. Bei der aktuellen Revision werden laut Angaben Wartung, Reparaturen und Sanierungen durchgeführt. Er fragt, welche der genannten Mängel damit jetzt schon behoben werden.

**Herr Reinelt** betont, dass die Revision nur kleine Maßnahmen zur Unterhaltung und optischen Korrektur umfasst und keine grundlegenden Mängel behoben werden.

**Herr Nehues** fragt nach einem Riss im Sportbecken.

**Herr Reinelt** antwortet, dass man diesbezüglich gerade in der Ursachenforschung steckt. Der Handlungsbedarf ist bekannt, aber es geht um eine Gesamtbetrachtung und keine Aneinanderreihung von kleinen Maßnahmen.

**Frau Nestler** fragt, wann die neuen Drehkreuze eingebaut werden.

**Herr Bode** hat diese schon eingebaut gesehen.

**Herr Nerlich** spricht das Thema Whirlpoolsanierung an.

**Herr Neumann** antwortet, dass man in der Abstimmung mit einem Anwaltsbüro ist und mit dem Betreiber Strategien entwickelt, um die Maßnahme idealerweise rechtssicher abschließen zu können.

## TOP 9.2. Umgang mit städtischen Liegenschaften in Sanierungsgebieten

**Frau Baranowski** informiert über die städtischen Liegenschaften in den Sanierungsgebieten (Anlage 4).

**Herr Nehues** erinnert an die Idee, eine Anbindung vom Bahnhof an den Skatereinstieg über das Grundstück in der Käthe-Kollwitz-Straße zu schaffen.

**Herr Neumann** hält diese Planung nicht mehr für realistisch.

**Frau Walbrach** fragt, welche der Liegenschaften unter Denkmalschutz stehen.

**Herr Dutschke** informiert, dass das Gebäude Rudolf-Breitscheid-Straße 4 ein Einzeldenkmal ist.

**Herr Scheidler** fragt, was aus dem Vorhaben geworden ist, das einst im Ausschuss für dieses Gebäude vorgestellt wurde. Auch für Haag 1 lag ein konkreter Plan vor.

**Herr Dutschke** erläutert, dass zu dem damaligen Vorhaben die Planung beauftragt war und die denkmalrechtliche Erlaubnis vorlag. Im Zuge der Corona-Pandemie hat der Vorhabenträger das Projekt aufgegeben. Jetzt gibt es Gespräche mit einem neuen Interessenten. Falls sich dessen Plan verfestigt, müsste der alte Verkaufsbeschluss aufgehoben und ein neuer gefasst werden.

**TOP 9.3.** **Informationen zum aktuellen Sachstand der Baumaßnahme „Am Anger"**

**Herr Stern** informiert darüber, dass der erste von zwei Bauabschnitten der Sanierung der Siedlung „Am Anger“ fast abgeschlossen ist. Dieser umfasst die Straße „Am Neuen Damm“ bis zum Torbogen und den Platz an der Jänickendorfer Straße. Ende September will man damit fertig sein. Dann soll der nächste Bauabschnitt ausgeschrieben und Anfang 2027 begonnen werden. Die Anwohner wurden bereits informiert. Auch diese Baumaßnahme setzt man in enger Abstimmung gemeinsam mit Nuwab und Städtischen Betriebswerken um.

**TOP 9.4.** **Information über das Prüfergebnis zu den Möglichkeiten zur Errichtung einer Tinyhaus-Siedlung in Luckenwalde / Beschluss A-8026/2025** **I-8018/2026**

**Frau Baranowski** stellt die Informationsvorlage vor, die nicht im Ratssystem eingestellt war. Fragen dazu können auch im Nachgang noch gestellt werden.

**Herr Nehues** hat sich so eine Siedlung angeschaut. Er hat Bedenken, kann sich solche Lösungen aber für Baulücken vorstellen z. B. links und rechts des Fußwegs in der Beelitzer Straße.

**behandelt**

**TOP 9.5.** **Strategie zur Fußgängerfreundlichkeit / Tempo 30 und Fußgängerüberwege**

**Frau Baranowski** macht Ausführungen zu den Themen Fußgängerfreundlichkeit, Tempo 30 und Fußgängerüberwege (Anlage 5).

**Herr Bode** findet es nicht gut, Hauptstraßen auf Tempo 30 zu reduzieren, um den Lärm zu mindern. In Zeiten der Elektromobilität sei das unnötig.

**Frau Baranowski** hält die Elektromobilität für noch nicht so weit verbreitet. Der Lärmaktionsplan muss evaluiert und gegebenenfalls angepasst werden. Noch besteht dafür kein Bedarf.

**Herr Bode** gibt am Beispiel der Jänickendorfer Straße zu bedenken, wie schwer es ist, eine verkehrsrechtliche Anordnung zu bekommen. Die Beschilderung wieder zu ändern, wenn der Bedarf nicht mehr da ist, erscheint ihm zu aufwändig.

**Herr Neumann** findet die Diskussion unsinnig. Elektroautos machen ebenfalls Lärm und Tempo 30 erhöht außerdem die Sicherheit.

Auch **Herr Grunert** hält Herrn Bode für zu optimistisch in Sachen Elektromobilität und hofft auf ein Umdenken im Straßenverkehrsamt, das der Leichtigkeit des Verkehrs sonst immer Vorrang eingeräumt hatte.

**Frau Dr. Jürgen** erinnert an die Überlegungen beim Geh-Klima-Check zum Bahnhofsvorplatz. Dort könne für die Fußgängerfreundlichkeit viel gemacht werden, indem man den Fahrradunterstand versetzt.

**Herr Nerlich** regt an, in der Rudolf-Breitscheid-Straße stadteinwärts an der Ecke Heidestraße den Bord abzusenken.

## TOP 9.6. Aktuelle Information zum Baufortschritt am Bildungsknotenpunkt Poststraße 20

**Herr Dutschke** informiert über die Schäden an der Unterspannbahn im Dach des künftigen MehrGenerationenhauses in der Poststraße 20 (Anlage 6).

Auf Nachfrage von **Herrn Nerlich,** woraus die Unterdeckplatten von Variante 2 bestehen würden, antwortet **Herr Dutschke**, dass es sich um Holzfaserplatten ähnlich OSB-Platten handeln würde.

**Herr B. Lindner** schlägt vor, die Dachsteine weiterzuverkaufen.

**Herr Grunert** fragt nach einer Haushaltsdeckung für die zusätzlich benötigten Mittel und geht davon aus, dass ein üpl./apl.-Beschluss vorgelegt wird.

**Herr Dutschke** antwortet, dass ein solcher Beschluss derzeit nicht notwendig ist, da die zusätzlichen Mittel aus der Städtebauförderung vorfinanziert werden können. Die baufachliche Prüfung dauert noch an. Im besten Fall wird es sich nur um 30.000 Euro zusätzlichen Eigenanteils handeln.

**Frau Dr. Voigt** fragt nach der Gewährleistung für die Holzfaserplatten und ob die Denkmalschutzbehörde bereits ihr Einverständnis für eine Photovoltaikanlage auf den dann schwarzen Ziegeln gegeben hat.

**Herr Dutschke** erklärt, dass man die Gelegenheit nutzen will, das Dach dann dunkel einzudecken und damit eine gute Chance hat, dass die Denkmalschutzbehörde der Photovoltaikanlage zustimmt. Die Postschule selbst steht nicht unter Denkmalschutz, aber durch die geschützte Post nebenan besteht Umgebungsschutz. Rote Photovoltaikanlagen bringen kaum Ertrag, integriert in die Ziegel ist so etwas viel zu teuer. Die Gewährleistung für die Holzfaserplatten muss erfragt werden. Er geht von mindestens 20 Jahren aus.

**Herr Kubick** hält eine thermische Inndachsolaranlage mit Erdwärmepumpe für die beste Lösung, wenn das Dach schon angefasst werden muss.

**Herr Dutschke** hält es für einen schlechten Zeitpunkt, um derart umzuplanen. Die Fernwärmeleitung wird derzeit schon verlegt und man will die Dachsanierung schnellstmöglich dazwischenschieben, da die nachfolgenden Gewerke bereits warten.

Herr Nerlich verlässt die Sitzung.

**Herr Neumann** ergänzt, dass man wegen der Fördermittel an Abrechnungsfristen gebunden ist und der städtische Haushalt eine Wärmepumpe nicht hergibt.

**Frau Dr. Jürgen** fragt, ob die übrigen städtischen Gebäude die gleichen Probleme haben könnten und was schlimmstenfalls passiert, wenn die Unterspannbahn derart kaputt ist.

**Herr Dutschke** antwortet, dass das Problem gerade erst bekannt wurde und man das noch nicht mit dem Amt für Gebäudeverwaltung ausgewertet hat. Die Unterspannbahn ist ein zusätzlicher Schutz gegen Feuchtigkeit und wenn sie kaputt ist, sind Folgeschäden wahrscheinlich.

**Herr B. Lindner** ergänzt, dass die Holzfaserplatten Marder besser abhalten würden.

**Herr Nehues** fragt nach dem zeitlichen Verzug der Maßnahme. Die Sperrung der Parkplätze davor und der Durchwegung zum Hort dauert jetzt über ein Jahr an.

**Herr Dutschke** schätzt, dass die Fertigstellung sich bis März, vielleicht sogar Mai 2027 verschiebt. Wenn die Ausschussmitglieder sich heute mit der Variante 2 einverstanden erklären, würde mit verkürzten Fristen ausgeschrieben, um das Dach möglichst noch in diesem Jahr ab- und wieder aufzubauen, bevor der Metallbau mit zweitem Rettungsweg und Terrasse beginnen kann. Natürlich hängt der Zeitplan von der Witterung ab.

Die Ausschussmitglieder sprechen sich einstimmig für Variante 2 aus.

## TOP 9.7. Information zum Sachstand zur Umsetzung des Vorhabens Stadtbad – Nationales Premiumprojekt des Städtebaus

**Frau Baranowski** gibt einen Überblick zur Umsetzung des Vorhabens Stadtbad (Anlage 7).

Auf Nachfrage von **Herrn Bode** informiert **Frau Baranowski**, dass der Imbiss vor dem Stadtbad umziehen möchte und dies nicht wegen der Stadtbad-Sanierung muss. Die Kosten dafür trägt nicht die Stadt und der neue Standort wird vielleicht auf dem Grundstück des E-Werks sein.

## TOP 9.8. Verbindungsstraße Zapfholzweg/Marktkauf

**Frau Baranowski** informiert über eine Fördermöglichkeit zur Sanierung der Verbindungsstraße zwischen dem Zapfholzweg und Marktkauf, die im Bebauungsplangebiet Zapfholzweg III liegt. Eventuell wäre eine bis zu 80 prozentige Förderung aus GRW-I möglich. Dafür muss bis Jahresende ein Förderantrag gestellt werden, der eine Straßenplanung bis Leistungsphase III enthält. Man will als laufendes Geschäft der Verwaltung dazu in Vorleistung gehen und die Planung demnächst ausschreiben.

**Herr Neumann** unterstreicht die Bedeutung der Maßnahme.

## TOP 9.9. Anträge und Anfragen von Stadtverordneten

**Herr Neumann** bittet darum, alle Anfragen und Anträge der Stadtverordneten per E-Mail künftig ausschließlich an presse@luckenwalde.de zu senden. Wenn diese an verschiedene Ämter gehen, werden unnötig Ressourcen in der Verwaltung gebunden. Er hat angeordnet, dass E-Mails, die in anderen Ämtern ankommen, ungelesen gelöscht werden.

**Herr B. Lindner** schlägt vor, für diesen Zweck eine neue E-Mail-Adresse einzurichten.

**Herr Neumann** sieht dafür keine Notwendigkeit.

**Herr Bode** fragt, ob diese Information nur mündlich erfolgt.

**Herr Neumann** will die Bitte in allen Ausschüssen wiederholen.

## TOP 10. Informationen des Ausschussvorsitzenden

**Herr B. Lindner** informiert darüber, dass die nächste Ausschusssitzung außerplanmäßig am Mittwoch, den 07.10.2026, stattfindet.

Um 21:42 Uhr wird die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Frau Dr. Jürgen verlässt die Sitzung.

| | |
|---|---|
| Bert Lindner<br>Vorsitzender | Sonja Dirauf<br>Schriftführerin |

13.10 24 31 11